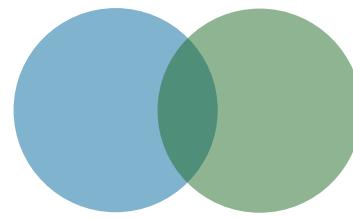


# Sozial-ökologische Ungleichheiten systematisch angehen



## Worum geht es?

In Österreich und weltweit gibt es Ungleichheiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Diese betreffen einerseits **soziale, wirtschaftliche und politische Unterschiede**, die die Lebensqualität beeinflussen: Einkommen, Bildungschancen, Arbeitsbedingungen, Gesundheitsversorgung, Meinungsfreiheit, Gleichstellung u.v.m.

Andererseits gibt es **ökologische Aspekte**:

- Länder haben unterschiedliche natürliche Ressourcen (Rohstoffe und Bodenschätze, fruchtbare Land, Wasser u.v.m.).
- Manche Menschen sind in ihrem Arbeitsalltag und für ihren Lebensunterhalt unmittelbar davon betroffen, wenn sich diese Ressourcen verändern (vergleiche z. B. Landwirt:innen mit Büroangestellten).
- Nicht alle sind gleich stark von Klimaveränderungen betroffen (z. B. durch schlechtere Absicherungen und Schutzmöglichkeiten).
- Nicht alle tragen gleich viel zu ökologischen Problemen bei (z. B. Unterschiede bei Umweltverschmutzung oder CO<sub>2</sub>-Ausstoß).
- Nicht alle können sich an Umweltveränderungen oder die Klimakrise anpassen.

Die verschiedenen sozialen und ökologischen Ungleichheiten erzeugen vielfältige Probleme und können sich gegenseitig verstärken, wenn die Ursachen nicht bekämpft werden.

Ungleichheiten entstehen vor allem durch **politische und wirtschaftliche Strukturen bzw. Systeme**. Dazu gehören vor allem Gesetze, Steuern oder politische Maßnahmen, die Reichtum und Macht bei wenigen Menschen oder Unternehmen konzentrieren. Weltweit verursachen oder verstärken **ungleiche Machtstrukturen** z. B. Armut, Konflikte, Vertreibung und Migration.

Gefährlich wird es auch, wenn politische und wirtschaftliche Strukturen **ökologische Krisen erzeugen oder begünstigen**. Noch oft wird für Profite z. B. Umweltverschmutzung in Kauf genommen. Doch die Gesundheit unserer Umwelt ist Grundlage unserer Lebensqualität, Wirtschaft und Sicherheit.

Die gute Nachricht: Es ist möglich, Systeme und Strukturen zu verbessern. Es gibt **Lösungsansätze**, um soziale Ungleichheiten und Umweltherausforderungen gleichzeitig und wirksam anzugehen und so **mehr Lebensqualität für alle** zu schaffen.

## Was sind konkrete Herausforderungen?

- **Umwelt, Soziales und Wirtschaft werden zu oft getrennt betrachtet:** Umwelt, Klima, Sozial- und Wirtschaftssysteme beeinflussen sich gegenseitig. Es ist gefährlich für uns, wenn wir das Klima und die biologische Diversität nicht schützen, da unsere Lebensqualität und Sicherheit davon abhängen. Es kann in Zukunft sehr teuer oder sogar unmöglich werden, mit Umweltgefahren und bereits entstandenen Schäden umzugehen (z. B. Verlust von Ackerflächen durch Wüstenbildung, zerstörte Wohnorte durch Naturkatastrophen...).

Oft werden ökologische Maßnahmen und Investitionen verschoben oder abgesagt, um zuerst soziale oder wirtschaftliche Probleme zu lösen. Das kann nicht gelingen, denn jedes ökologische Problem ist langfristig ein soziales und wirtschaftliches Problem. Politische Maßnahmen sind also nur dann zukunftsfähig, wenn sie gleichzeitig sozial und ökologisch wirksam sind.

- **Soziale Betroffenheit wird im Kontext von Umwelt und Klimakrise übersehen:** Menschen mit geringem Einkommen bzw. Vermögen sind von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen:

Armutsbetroffene haben z. B. meist keine Ausweichmöglichkeiten bei Hitze oder finanzielle Reserven, um sich bei Umweltkatastrophen abzusichern. Auch Umweltverschmutzung und Lärm sind sie oft stärker ausgesetzt. Auch Menschen mit Behinderungen sind bei Klima- und Umweltauswirkungen stärker gefährdet, da sie doppelt so oft von Armut und Ungleichheiten betroffen sind.

Menschen mit geringem Einkommen bzw. Vermögen tragen oft wenig zu ökologischen Problemen bei, denn sie haben meist unfreiwillig einen sparsamen Lebensstil.

- **Überreichtum ist ein Treiber für Umweltprobleme:** (Sehr) hohes Einkommen steht oft in Verbindung mit Verhaltensweisen und Lebensstilen, die schlecht für Umwelt, Klima und damit auch für unsere Gesellschaft sind. Z. B. verbrauchen Menschen mit sehr hohem Einkommen oft viele Ressourcen, die anderswo fehlen. Oder sie produzieren übermäßig viele Treibhausgas-Emissionen (z. B. Reisen im Privatjet, „Wegwerf-Konsum“).
- **Es besteht keine „Kostenwahrheit“ bei Produkten:** Umweltverschmutzung, (Treibhaus-)Gase oder Menschenrechtsverletzungen spiegeln sich nicht im Preis von Produkten wider. Viele Probleme verursachen jedoch hohe Kosten in anderen Bereichen – etwa für die Gesundheit oder Umwelt – und schaden häufig der Bevölkerung in den Produktionsländern (z. B. Erkrankungen aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen oder verschmutzte Flüsse – [siehe auch nächste Frage](#)).
- **Bodenverbrauch, Raumordnung & Wohnen:** Leistbares Wohnen wird zunehmend schwieriger – insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen. Gleichzeitig steigen die Wohnkosten, während leerstehende Wohnungen als Wertanlagen die Lage am Wohnungsmarkt verschärfen. Um dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken, wird vielerorts weiter Boden versiegelt – oft auf Kosten von Ackerflächen, Natur- oder Grünräumen. Das führt nicht nur zum Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Flächen und zum Rückgang biologischer Vielfalt, sondern erhöht auch das Risiko von Überschwemmungen und anderen Umweltauswirkungen. Denn versiegelter Boden kann kein Wasser mehr aufnehmen.

## Welche internationalen Wechselwirkungen oder Effekte sollten wir berücksichtigen?

Österreich zählt zu den wirtschaftlich wohlhabenden Ländern, verursacht aber viele negative Auswirkungen im Ausland – sog. **Spillover-Effekte**: Werden für den österreichischen Markt Handys, Kleidung oder andere Produkte hergestellt, so entstehen Emissionen und Umweltverschmutzung in den Produktions- und Abbaugebieten (meist in Regionen im sogenannten „[Globalen Süden](#)“).

Häufig werden auf dem Weg des Produkts – vom Rohstoff-Abbau bis ins Geschäft, also entlang der Lieferkette – die Menschenrechte oder Umweltstandards und Emissionswerte vernachlässigt. Das ist doppelt problematisch: Schlechte Produktions- und Arbeitsstandards gefährden Menschen vor Ort direkt durch Verschmutzung, Wasserknappheit oder Gesundheitsrisiken. Andererseits verstärken hohe Emissionen die Klimakrise, deren

Folgen im Globalen Süden bereits jetzt überdurchschnittlich spürbar sind (Meeresspiegelanstieg, Dürren und Waldbrände, Überschwemmungen u.v.m.).

Die Klimakrise gefährdet an vielen Orten die Existenz, doch es fehlt das Geld, um in nachhaltige Entwicklung, Katastrophenschutz oder Anpassung an die Klimakrise zu investieren, meist im Globalen Süden. Obwohl vor allem Staaten des Globalen Nordens die Klimakrise verursachen, tragen sie aktuell zu wenig dazu bei, die Folgen finanziell zu bewältigen oder Anpassung zu ermöglichen. Historische Schulden und Kreditzinsen führen dazu, dass derzeit sogar mehr Geld vom Globalen Süden in den Globalen Norden fließt als umgekehrt.



### Wusstest du?

Mehr als die Hälfte der Länder des Globalen Südens ist infolge der letzten Krisen stark verschuldet. In 47 Ländern gelten die Schulden als besonders hoch – über 231 Millionen Menschen leben hier in extremer Armut. Insgesamt leben über 3 Milliarden Menschen in Ländern, die mehr Geld für Zinszahlungen ausgeben als für Bildung und Gesundheit. Weil Entwicklungshilfen und Kredite zurückgehen, fließt inzwischen mehr Geld vom Süden in den Norden als umgekehrt.

Letztlich sind die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten, die Umweltschäden und die Klimakrise auch für uns [in Österreich ein hohes Risiko](#): Sie fördern Konflikte und Krieg, gefährden die internationale Versorgung mit Lebensmitteln und können den Ausbruch von Krankheiten begünstigen. Dadurch entstehen hohe Kosten in vielen Bereichen. **Globale Gerechtigkeit** ist eine Voraussetzung für Stabilität, Sicherheit und eine lebenswerte Zukunft. Deshalb sollte sich auch Österreich gemeinsam mit anderen Ländern für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

## Welche Lösungsansätze gibt es bereits?

- **Kostenwahrheit erzeugen:**

Von zivilgesellschaftlichen Organisationen wird seit Langem gefordert, Steuern so zu gestalten, dass schädliche Produkte oder Handlungen teurer werden. Negative, auf den ersten Blick unsichtbare (externe) Kosten für Umwelt und Menschen werden also in den Produktpreis integriert. Ein prominentes Beispiel ist die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die die volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels in Produkten abbilden soll. Da ein solcher Aufschlag für Umwelt- oder Klimakosten für Menschen mit geringem Einkommen eine Belastung sein kann (sie können sich nachhaltigere Produkte nicht immer leisten), fordern viele Expert:innen eine sozial-ökologische Steuerreform. Auch, weil bisherige Maßnahmen nicht ausreichen.

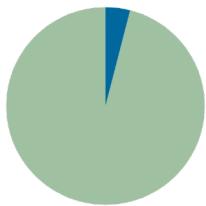
Eine solche Reform würde einen CO<sub>2</sub>-Preis mit Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit koppeln und kontraproduktive Maßnahmen abschaffen (z. B. klimaschädliche Subventionen).

Produkte und Dienstleistungen, die sozial und ökologisch positiv oder neutral wirken, wären dann günstiger als z. B. umweltschädliche. Zusätzlich könnte der Staat die Einnahmen nutzen, um in nachhaltige und gerechte Maßnahmen zu investieren – z.B. öffentliche Angebote, Katastrophen- und Hitzeschutz u.v.m.

- **Ungleichheiten bei Vermögen ausgleichen:**

Neben CO<sub>2</sub>- werden auch Vermögens- und Erbschaftssteuern verstärkt diskutiert, weil sie gleichzeitig soziale und ökologische Wirkung entfalten könnten: Sie sollen verhindern, dass es extreme Vermögenskonzentration gibt und zusätzliche Mittel für Umwelt, Klima und soziale Infrastruktur frei machen.

Diskutiert wird in Österreich zumeist eine **Vermögenssteuer**, die nur die reichsten **3-4 % der Bevölkerung** betreffen würde.



- **Öffentliche Investitionen:**

Eine gute öffentliche Grundversorgung ist die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft: öffentliche Einrichtungen können Ressourcen sparsam einzusetzen und sind gleichzeitig für alle zugänglich. Das ist sozial und ökologisch gerecht und spart Kosten. Umwelt- und Klimaschutz sowie Ungleichheitsbekämpfung gelten als **Zukunftsvorsorge**, damit unsere Gesellschaft und Wirtschaft langfristig funktionieren können. Investitionen in nachhaltige Entwicklung sind also eine Notwendigkeit, kein „Extra“, das man einfach aufschieben kann. Außerdem können sie langfristig nicht nur Kosten sparen, sondern sogar Mehrwert erzeugen (z. B. geringere Gesundheitskosten, höhere Lebensdauer, saubere Luft usw.).

Daher sollten solche Investitionen im Budget anders eingestuft werden und langfristiger gerechnet werden, anstatt sie hauptsächlich als Staats Schulden zu bewerten. Auch neue Investitions-Budgets, z. B. ein Transformationsfonds, werden oft genannt, um nötige Investitionen zu stemmen.

- **Folgen abschätzen und konsequent handeln:**

Alle politischen Maßnahmen – ob Gesetze, Investitionen oder Förderungen – sollen systema-

tisch auf ihre sozialen und ökologischen Wirkungen geprüft werden. **Die bereits gesetzlich verankerte Wirkungsfolgenabschätzung** des Bundes sollte so angewendet werden, dass damit tatsächlich eine Risikoabwägung stattfindet und nur Maßnahmen getroffen werden, die sozial und ökologisch langfristig sinnvoll sind.

- **Sorgfaltspflichten und klare Regeln für nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Investitionen:**

Für eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft braucht es verbindliche Pflichten für Unternehmen, um entlang der Lieferketten Menschenrechte zu schützen und Umweltzerstörung zu verhindern. Abkommen, die Staaten in wirtschaftliche oder politische Abhängigkeit bringen, müssen dagegen vermieden werden. Auch bei finanziellen Investitionen bräuchte es klare, überprüfbare Kriterien: z. B. durch mehr Transparenz und strenge Standards bei sogenannten nachhaltigen Investitionen, damit Greenwashing verhindert und Kapital wirklich in sozial-ökologische Transformation gelenkt wird.

- **Raumordnung & Flächennutzung:**

Eine sozial-ökologische Raumplanung ist zentral für nachhaltige Entwicklung. Dazu gehören Vorgaben zur Raumnutzung, die den Schutz von Boden, Natur, Wohnraum und Mobilität gemeinsam denken. Immer wieder in Diskussion sind auch: eine Regulierung von Leerstand, gesetzlich verankerte Ziele zur Verringerung des Bodenverbrauchs, sozial-ökologische Siedlungsstrukturen, Maßnahmen gegen Spekulation im Immobiliensektor u.v.m. Die Umsetzung scheitert oft an der Verteilung der Zuständigkeiten auf Bundes- und Länderebene.

- **Gerechte internationale Beziehungen inkl. Finanz- und Steuerpolitik:**

Neben der Verantwortung entlang der Lieferketten ist eine faire internationale Finanz- und Steuerpolitik zentral, um globale Ungleichheiten zu verringern und nachhaltige Entwicklung weltweit zu ermöglichen. Dazu gehört es, betroffene Länder des Globalen Südens zu „entschulden“, also ihre historischen Kreditzinsen und Schulden zu erlassen, damit sie sich nachhaltig weiterentwickeln können. Zusätzlich müssen Länder verlässlich und solidarisch Maßnahmen für Klimaschutz und Klimawandelanpassung finanzieren – z. B. über einen internationalen **Fonds für Klimaverluste und -schäden (Loss-and-Damage-Fonds)**, der besonders betroffene Länder bei klimabedingten Schäden unterstützt.



## Was fordert SDG Watch Austria?

- Systematischer Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen
- Verbesserte Wirkungsfolgenabschätzung und nachhaltige Budgetplanung
- Ausbau der Sorgfaltspflichten von Unternehmen: keine Abstriche bei menschenrechtlichen und ökologischen Standards, auch außerhalb Europas
- Öffentliche Investitionen in nachhaltige Entwicklung – bei gleichzeitiger und langfristiger Betrachtung von sozialen und ökologischen Wirkungen. Insb. Ausbau und Schutz öffentlicher, inklusiver und umweltfreundlicher Angebote – von öffentlichem Verkehr bis zur Gesundheitsversorgung.
- Effektive Maßnahmen bzw. Steuern gegen übermäßige Vermögenskonzentration
- Einen gesetzlich verankerten Bodenschutz im Rahmen einer sozial-ökologischen Raumplanung, die leistungsfähigen Wohnraum schafft und Boden als kostbare Ressource schützt.
- Stärkere internationale Steuerzusammenarbeit gegen Steuerschlupflöcher oder Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen
- Österreichisches Engagement für eine internationale (UN-)Steuerkonvention, um internationale Steuerregeln weltweit gleichberechtigt zu verhandeln und fairer zu gestalten.

## Agenda 2030 & Just Transition



## Mehr erfahren – Quellen und interessantes Lese-material

### Publikationen, Initiativen und Projekte von SDG Watch Austria und seinen Mitgliedern:

- [Bericht „10 Jahre SDGs und jetzt?“](#)
- [Zusammenfassung Ungleichheitsbericht 2022](#)
- [Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze“](#)
- [Allianz für Klimagerechtigkeit](#)
- [Allianz für soziale Klimapolitik](#)
- [Projekt „Von allem genug, von nichts zu viel“ und „Genug für alle!“](#)

### Weitere interessante Links:

- UniNETZ: [Optionenbericht](#)
- AK: [Eine Zukunft für die Vielen. Der Plan der Arbeiterkammer Wien für den sozialen und ökologischen Umbau](#)
- Wegener Center, Uni Graz & Institute for Ecological Economies, WU Wien: [Mutter Erde Studie](#)
- VIDC: [Steuer-Gerechtigkeit?! Das globale Steuersystem und die Rolle von Steuern für einen ökologisch-sozialen Wandel](#)
- GLOBAL 2000, Heinrich-Böll-Stiftung: [Bodenatlas](#)

Weitere Lesetipps sowie Projekte und Aktivitäten unserer Mitglieder zum Thema findet ihr [hier auf unserer Website](#).

Du hast noch mehr Lesetipps für uns oder ein aktuelles Projekt?

Schreib uns unter [info@sdgwatch.at](mailto:info@sdgwatch.at)



**Just Transition**  
Gerechter Wandel für eine gute Zukunft

Dieser Text ist Teil des Themenschwerpunkts „Just Transition“ von SDG Watch Austria.